KGSt

Umfrage zu Open Source in Kommunen

[24.06.2020] Städte und Gemeinden sehen sich vielfach in einer Abhängigkeit von einzelnen Cloud- oder Software-Anbietern. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage der KGSt. 87 Prozent der Teilnehmenden betrachten sich demnach als ganz oder teilweise abhängig.

Dass sich Städte und Gemeinden vielfach als abhängig von einzelnen Cloud- oder Software-Anbietern sehen, hat eine Umfrage zum Thema Open Source Software in Kommunen ergeben. Diese wurde von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) mit Unterstützung der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister, Vitako, und dem Deutschen Städtetag unter deren Mitgliedern durchgeführt. Zu Beginn der Befragung wurde eine Einschätzung dazu eingeholt, inwiefern sich die befragten Kommunen und kommunalen IT-Dienstleister als ganz oder teilweise abhängig von Software- und Cloud-Anbietern betrachten. Das Ergebnis: 87 Prozent der Teilnehmenden bejahen dies, heißt es in der KGSt-Publikation zur Umfrage. Für die kommunale Ebene könne daher die These gestützt werden, dass eine Abhängigkeit – zumindest nach Selbsteinschätzung der Beteiligten – von proprietärer Software gegeben ist, auch wenn aktuell kein Zeitreihenvergleich vorliege. Inwiefern Handlungsbedarf bestehe, sei auch davon abhängig, ob diese Abhängigkeit als Schmerzpunkt für die Verwaltung oder das Rechenzentrum bewertet wird. Dies wiederum bejahte knapp die Hälfte der Befragten (49 Prozent). 35 Prozent gaben dagegen an, die Abhängigkeit nicht als Schmerzpunkt zu empfinden.

Kein klares Pro oder Contra

Wie Vitako meldet, gibt es vor Ort laut der Befragung unterschiedliche Erfahrungen: Viele proprietäre Produkte seien als fester Bestandteil in der digitalisierten Arbeitswelt verankert, genössen hohe Akzeptanz, und ein Umstieg sei schwer umzusetzen. Gleichzeitig gehe aus der Studie hervor, dass die Dringlichkeit des Themas vielerorts erkannt wurde und sich viele Befragte mehr digitale Souveränität wünschen. Ein klares, einheitliches Bild pro oder contra Open Source gebe es unter den befragten Kommunen und Rechenzentren allerdings nicht.
Deshalb sei ein reflektierter Ansatz gefragt, um die Abhängigkeit von Monopolen und einzelnen Anbietern schrittweise zu reduzieren. Es gelte, für die Bedeutung der digitalen Souveränität von Staat und Verwaltung zu sensibilisieren, konsequent offene Standards und Schnittstellen zu fordern und vermehrt Open Source Software einzusetzen, so die Studie. In einem weiteren Schritt müssten der dauerhafte Support und die nachhaltige Weiterentwicklung von Open-Source-Lösungen sichergestellt werden.
In der Untersuchung wurden einerseits Kommunalverwaltungen und kommunale IT-Dienstleister gefragt, ob und warum eine Abhängigkeit von Software- und Cloud-Anbietern gesehen wird und welche Konsequenzen diese mit sich bringt. Zum anderen war es Ziel der Befragung, Erfolgsmodelle, aber auch Handlungsbedarfe zu identifizieren, um darauf gestützt den Einsatz von Open Source zu stärken, informiert die KGSt.

(co)

Der KGSt-Denkanstoß „Open Source in Kommunen. Ergebnisse einer Umfrage“ zum Download

Stichwörter: Panorama, Open Source, KGSt, Vitako, Deutscher Städtetag, digitale Souveränität